

Populärer Populismus



«Populisten haben meist ein diffuses Verständnis von Elite.»

Christian Frommelt,
Forschungsbeauftragter
Politikwissenschaft des
Liechtenstein-Instituts

Kaum eine Wahlanalyse kommt derzeit ohne den Begriff Populismus aus. Diese Häufung ist irreführend, da der Begriff oftmals unpräzise verwendet wird. Die wohl bekannteste Definition von Populismus stammt vom Politologen Cas Mudde. Er definiert Populismus als Ideologie, die davon ausgeht, dass die Gesellschaft in zwei homogene, aber gegensätzliche Gruppen geteilt ist. Während sich auf der einen Seite das einfache Volk befindet, steht auf der anderen Seite die korrupte Elite.

Diffuses Verständnis

Im Populismus ist Politik stets Ausdruck des Volkswillens. Damit einher geht die Forderung nach einer ungefilterten und nicht-mediatisierten Teilnahme der Bürger am Entscheidungsprozess. An dieser Forderung ist auf den ersten Blick nichts auszusetzen, bildet die Volkssouveränität doch einen Grundpfeiler der Demokratie. Mit der Rechtsstaatlichkeit verfügt diese allerdings noch über einen weiteren Pfeiler, welcher im Sinne eines Garanten der Menschen- und Bürgerrechte als Korrektiv dient. Ferner versteht der Populismus das Volk als einen homogenen Körper

und blendet dadurch unterschiedliche Interessen und innergesellschaftliche Konflikte aus. Für den Populismus ist deshalb die Interessenvertretung durch Parteien ebenso unnützlich wie die für eine pluralistische Demokratie so wichtige Kompromissfindungsprozess. Stattdessen setzt Populismus auf Polarisierung, Emotionalisierung und Vereinfachung.

Der ideologische Kern des Populismus ist äusserst dünn. Dies führt dazu, dass Populismus sowohl links als auch rechts auf dem politischen Spektrum auftreten kann. Zudem wird Populismus oft nicht als Ideologie, sondern lediglich als Politikstil bezeichnet. Neben der bereits erwähnten Bezugnahme auf das eine Volk zeichnet sich der Populismus durch seine Abhängigkeit von charismatischen Führungsfiguren sowie durch die von den Populisten verwendete Selbstbezeichnung als Bewegung statt Partei aus.

Populisten haben meist ein diffuses Verständnis von Elite. Demgegenüber verwendet die Soziologie einen relativ engen Elitenbegriff. Zur Elite zählen demnach Personen, die qua Amt oder Eigentum in der Lage sind, ge-

sellschaftliche Entwicklungen massgeblich zu beeinflussen. Noch enger ist gar der Begriff des Establishments gefasst, wonach zwischen Personen der Elite eine dauerhafte Verbindung existiert. Diese Unterscheidung mag teilweise erklären, warum ein Donald Trump, der zur Elite, aber nicht zwingend zum Establishment zählt, an der Spitze einer populistischen Bewegung steht.

Um den Vormarsch des Populismus auszubremsen, nimmt der bekannte Politologe Herfried Münkler die Elite in die Pflicht. Diese solle das Volk «erziehen». Für seine Aussage erntete Münkler zu Recht Kritik. Zwar basieren die von Populisten stammenden Argumente in der Tat oft nicht auf Fakten und deren Lösungsvorschläge genügen der Komplexität der Probleme moderner Gesellschaften nicht. Der Erfolg des Populismus hat aber dennoch reale Gründe, welche auch im Verhalten der Eliten liegen. Beispiele dafür sind die ungerechte Verteilung von Wohlstandsgewinnen oder die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung viel stärker kosmopolitische Ausrichtung der Elite. Im Ergebnis hat die Elite das Volk also nicht nur mit Wissen zu unterstützen, wie es Münkler fordert, sondern sie muss das Volk auch repräsentieren.

Patronage statt Populismus

Mit Blick auf Liechtenstein hielt FBP-Präsident Thomas Banzer kürzlich fest, dass es in Liechtenstein aufgrund der Kleinheit und des Milizsystems eine Elite, wie wir sie von anderen Staaten kennen, gar nicht gibt. Im Kern ist diese Aussage sicher richtig. Allerdings verfügt jeder Staat über eine Elite, welche einen erhöhten Einfluss auf politische Entscheidungen ausübt. Daraus ergeben sich zwangsläufig Gemeinwohlpflichten. Zugleich sind Kleinststaaten wie Liechtenstein besonders anfällig für Patronage. Insofern ist auch in Liechtenstein die Politik stets gefordert, das Entstehen einer Kluft zwischen Politik und Gesellschaft zu verhindern. Voraussetzung dafür sind Dialog und Debatte. Die beste Populismusprävention ist nämlich, Repräsentationslücken gar nicht erst entstehen zu lassen.